

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Im Jahr 24.— RM. bei Vorabzahlung. Zusätzl. Beleggeld Einzahlungen 10 Pf. Alle Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist auch für den Fernverkehr geöffnet. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Geschäftsstelle das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Abbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angabenpreise laut a. d. G. Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Pf. — Vorkaufspreise für die ersten 10 Ull. — Abbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist auch für den Fernverkehr geöffnet. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Geschäftsstelle das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Abbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 267 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 15. November 1934

## Vom Kampffeld der Preise.

Vielleicht kennzeichnet nichts so sehr die Notwendigkeit, ungeschickter Preissteigerungen mit drastischen Mitteln entgegenzuwirken, wie die Mitteilungen, die der Reichskommissar für Preisüberwachung über gewisse, sehr häufig anzutreffende Vorkommnisse bei Warenlieferungen im binnendeutschen Geschäftsverkehr gemacht hat: der Lieferant will früher abgeschlossene Verträge nicht innehalten, sondern verlangt höhere Preise für seine Ware, weil inzwischen die Preise angezogen hätten. Oder er will zu dem alten Preis nur eine qualitativ schlechtere Ware liefern. Der Reichskommissar erklärt auch, dass sogar Verbände, die zwischen einem Vertragsabschluss und dem Lieferungsstermin der Ware zufälligerweise eine Heraufsetzung ihrer Verbandspreise beschlossen hätten, dann auf ihre liefernden Verbandsangehörigen einen Druck ausübten, für diese Lieferungen nicht den alten, vertraglich vereinbarten Preis zu fordern, sondern den neu festgesetzten. „Die Einhaltung abgeschlossener fester Verträge gehört zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmanns“ und ein derartiges Vorgehen wie das oben geschilderte sei „vollkommen rechtswidrig“, fügt Dr. Goerdeler diesen Mitteilungen zu.

Die preissteigernden Tendenzen dieses Strebens nach dem sog. „Wiederbeschaffungspreis“ liegen auf der Hand, und es wäre schwer, den Preiswagen anzuhalten, wenn hier nicht sofort die Bremsen scharf angezogen werden. Es ist ja höchstbedauerlich, dass sich der Reichskommissar überhaupt genötigt sah, derartig zur Innehaltung der Vertragsstreue zu mahnen! Und ausdrücklich sagen zu müssen, dass für einen ehrbaren Kaufmann die Vertragsstreue eine Selbstverständlichkeit sein müsse! Denn es ist doch wohl kaum anzunehmen, dass ein Lieferant dem Abnehmer die Ware unter dem vertraglich vereinbarten Preis überlässt, falls inzwischen der Verbandspreis etwa heruntergesetzt worden ist! Das ist nämlich auch schon geschehen, allerdings nur unter dem Druck der staatlichen Überwachungsstellen, z. B. für die unedlen Metalle. Das Streben nach der unbedingten Erlangung des „Wiederbeschaffungspreises“ wirkt wie eine Schraube ohne Ende und erweckt peinliche Erinnerungen an eine besonders trübe Zeit des deutschen Wirtschaftslebens. Wenn also die Furcht vor einer Rohstoffverknappung zu einer „Käufersynchrose“ geführt hat — womit nicht etwa nur der letzte Verbraucher gemeint ist — und es dadurch zu Preissteigerungen ungeschickter Art kam, so liegt andererseits ein Teil der Schuld für diese Entwicklung auch darin, dass die Heraussetzung gebundener Preise Besorgnisse um die Wiederbelieferung durch den Erzeuger auslösen konnten.

Also wurde vom Reichskommissar zuallererst jede derartige Heraufsetzung überhaupt von seiner eigenen oder seiner Beauftragten Genehmigung abhängig gemacht. Bei der bekannten und ganz unverhohlen ausgesprochenen Einstellung Dr. Goerdelers zu der Frage der Preisbindungen, Mindestpreise usw. dürfte eine solche Genehmigung, die bisher übrigens dem Reichswirtschaftsminister zustand, recht selten und wohl nur in Fällen größter wirtschaftlicher Notwendigkeit gegeben werden! Er hat außerdem sein Betätigungsfeld auch auf die sogenannten „Markenartikel“ ausgedehnt, die den früheren Verordnungen über die Preisüberwachung nicht unterworfen waren, aber einen großen Teil des Warenverkehrs ausmachen. Diese Artikel mussten bekanntlich an den letzten Verbraucher auch zu einem Preis verkauft werden, der zwischen dem Erzeuger und dem Kleinhandel bindend vereinbart oder diesem vom Erzeuger bzw. Großhandel vorgeschrieben war. Auch hierfür bedarf es also jetzt der Zustimmung des Reichskommissars immer dann, wenn die bisherige Preisbindung des Einzelhandels irgendwie erhöht wird oder neue Markenartikel und damit auch Preisbindungen beabsichtigt sind.

Viele dieser neuen Preisbindungen werden auf ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung nachgeprüft werden; und wenn sie diese Nachprüfung nicht bestehen, dann verschwinden sie“, hat Dr. Goerdeler versichert!

Wir fordern für die Armen:  
Nicht nur Eintopfspeise, sondern wirklich  
Eintopf essen!

## Dr. Goerdeler vor den Wirtschaftsführern

Reichskommissar Dr. Goerdeler sprach vor sämtlichen Wirtschaftsführern über den Einfluß der Wirtschaftsorganisation bei der Preisüberwachung. Der Kommissar erklärte im Namen der Hauptgruppen, Fachgruppen und Bezirksleiter, daß die Bestrebungen des Reichskommissars die unbedingte Unterstützung der Wirtschaftsorganisation fanden.

## Italiens Verhältnis zu Deutschland

Eine interessante Information einer ungarischen Zeitung.

Aus maßgebenden politischen Kreisen wird dem römischen Vertreter der nationalen ungarischen Zeitung „Uj Magyarfog“ die Auffassung der italienischen Regierung über die gegenwärtige Stellungnahme Italiens zu Deutschland in einer auffallend bestimmten Form folgendermaßen wiedergegeben:

Die italienische Regierung leugnet, daß, wie vielfach behauptet worden ist, eine Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eingetreten ist. Hierfür liegen keinerlei Anzeichen vor. Die offiziellen Vertreter des heutigen Deutschland haben niemals erklärt, daß sie Österreich Deutschland einverleiben wollten. Zwar hat die italienische Regierung während der Kulturrevolution

militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze getroffen, die jedoch lediglich dem Schutze des gefährdeten österreichischen Regimes galten. Diese Maßnahmen wurden sofort rückgängig gemacht, als der Reichskanzler Hitler die deutsche Grenze den aus Österreich flüchtenden Anführern der Revolution sperren ließ. Damit hat

Hitler den Frieden Mitteleuropas gerettet.

In den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herrsche gegenwärtig Windstille. Mit Genehmigung kann aber festgestellt werden, daß das gute deutsch-italienische Verhältnis

unverändert fortbesteht. Auch die Entsendung des Vizekanzlers v. Papen nach Wien kann als ein beruhigendes Moment bezeichnet werden. Die italienische Regierung hat seit Jahren in der

Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage

wie auch in den Völkerbundsfragen die deutschen Wünsche aus großen außenpolitischen Gesichtspunkten heraus unterstützt.

Die gleiche Haltung nimmt die italienische Regierung jetzt in der Saarfrage ein. Sie hält es für unerlässlich, daß die Abstimmung im Saargebiet ohne jede Einmischung von außen her stattfindet. Sollte dennoch eine Einmischung Frankreichs in der einen oder anderen Form erfolgen, so werde die italienische Regierung ihre Entscheidung treffen.

## Eden über den Besuch Ribbentrops.

Erklärungen des Lordkanzlers im Unterhaus.

Im Englischen Unterhaus wurde Lordsegelbewahrer Eden über die Unterredungen mit Herrn von Ribbentrop, dem Beauftragten des Reichskanzlers für Abrüstungsfragen, befragt. Eden betonte in seiner Antwort, daß sich bei den Besprechungen im Foreign Office nichts ergeben habe, was über eine freundschaftliche Unterhaltung hinausgehe. Neue Vorschläge seien nicht unterbreitet worden und aus den Unterredungen sei keine neue Entwicklung hervorgegangen.

Auf die weitere Frage, ob dem Lordsegelbewahrer eine Zeitungsmeldung zu Gesicht gekommen sei, wonach bei den Unterredungen die „Art und der Zweck der in Deutschland im Gange befindlichen Wiederaufrüstung“ erörtert worden sei, erwiderte Eden: Ja, ich habe die Zeitungsmeldung, auf die hier Bezug genommen wird, gesehen. Sie ist unbegründet. Eine Erklärung der in der Meldung behaupteten Art ist nicht abgegeben worden. Die Unterredungen gingen nicht über die in meiner Antwort dargelegten Grenzen hinaus, und ich mißbillige es, daß sie eine politische Bedeutung erhalten, die sie nicht verdienen.

## Ausweisung von Ungarn aus Südslowenien

In Budapest werden die Meldungen über Massenausweisungen ungarischer Staatsangehöriger aus Südslowenien bestätigt. Es wird mitgeteilt, daß die Ausweisungen bereits in die Hunderte gehen. An der ungarisch-slowenischen Grenze trafen häufig größere Gruppen von ausgewiesenen Ungarn ein. Ferner lägen Meldungen über zahlreiche Verhaftungen vor, die die slowenischen Behörden in den letzten Tagen vorgenommen hätten.

In der Budapester Öffentlichkeit herrscht wegen dieser Vorgänge große Erregung. Die bisher bei der Belgrader Regierung eingeleiteten diplomatischen Schritte der ungarischen Regierung werden als erfolglos bezeichnet. An amtlicher Stelle wird erklärt, die Regierung warte in voller Ruhe auf die weitere Entwicklung ab, bis die Lage für etwaige internationale Schritte genügend reif sei.

## Gegenstoß der Saar.

### Knoy in Genf erneut angeklagt.

Enthüllungen in einer Denkschrift des Saarlandes.

Landesleitung und Fraktion der Deutschen Front des Saargebietes haben sich in einer großen Denkschrift an den Völkerbund gewandt, in der zunächst die kürzliche regierungsmäßige Denunziation der saar-deutschen Bevölkerung scharf zurückgewiesen und aufsehenerregende Enthüllungen über den Terror der Einheitsfront und ihre planmäßigen Vorbereitungen zum Aufruhr gemacht werden.

An Hand eingehenden Dokumentenmaterials und beigelegter eidesstattlicher Erklärungen weist die Denkschrift u. a. nach, daß die Polizeiorgane der Regierungskommission Spittel in den Reihen der Deutschen Front unterhalten. Es ist erwiesen, daß der an leitender Stelle stehende Oberregierungsrat Riegel mit den Gegnern des heutigen Deutschlands, ja, sogar mit Personen, die im Solde der deutschfeindlichen Spionage

stehen, den Inhalt des bei der Deutschen Front beschlagnahmten Materials besprochen und sich über dessen Auswertung unterhalten hat. Von diesem Treiben seiner Beamten, das sich als ein Hohn auf die den saarländischen Beamten gebotene Neutralitätspflicht darstellt, hat der Kabinettschef und Leiter des saarländischen Polizeiwesens, Herr Heimburg, laut eiblicher Aussage gewußt.

Die Denkschrift befaßt sich sodann grundsätzlich mit der Emigrantenpolitik des Präsidenten Knoy und brandmarkt scharf die parteiliche Stellungnahme des Saarpräsidenten, wie er die Emigranten im Saargebiet gewähren läßt und wie diese selbst in die Abstimmungsvorbereitungen der Saarbevölkerung eingreifen.

Die Deutsche Front erhebt in ihrer Denkschrift daher erneut die Forderung auf Ausweisung aller

nichtabstimmungsberechtigten Personen, die aus politischen Gründen Deutschland verlassen haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine eidesstattliche Erklärung eines früheren Emigranten vor dem Amtsgericht in Ulm, der sich während einiger Zeit in dem saarländischen Emigrantenlager von der Seydt aufhielt. Durch diese Aussage wird bekundet, daß in dem Emigrantenlager regelmäßige Übungsstunden unter Leitung eines ehemaligen Sergeanten aus Mey Kattanden. Ein Maschinengewehrmodell stand ebenfalls zu Übungszwecken bereit.

Es wurde eingehender Unterricht über die Bedienung des Maschinengewehrs erteilt. Bei den Instruktionsstunden wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß Ende November oder Anfang Dezember 1934 eine revolutionäre Aktion im Saargebiet unternommen werden müsse, um der Regierungskommission die Mittel zu liefern, den Abstimmungszeitpunkt zu verschieben. Die Aktionen seien so durchzuführen, daß auch die Deutsche Front gezwungen werde, sich zu regelrechten Straßenkämpfen zu stellen. Durch solche Verwirrungen könne erreicht werden, daß die Regierungskommission ausländische Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung für das Saargebiet anfordere.

Ferner geht aus einem der Denkschrift beigelegten Schreiben eines Forbacher Waffenlieferanten an den Separatistenführer Walz eindeutig hervor, daß den Separatisten größere Mengen Waffen geliefert worden sind.

Gegenüber der Knoyschen Behauptung von „Einmischungen des Reiches“ betont die Deutsche Front u. a. darauf, daß ohne diese sozialpolitischen Leistungen die Sozialrentner und Kriegsober im Saargebiet zugrunde gegangen wären und heute noch im Saargebiet unannehme Wohnungsverhältnisse herrschen würde.